

Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland? Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte 1991-2018

Busch, Kathrin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Busch, K. (2020). Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland? Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte 1991-2018. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 65, 7-14. <https://doi.org/10.15464/isi.65.2020.7-14>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

1 Für die Legitimitätsmessung wurden die Fragen E1 bis E7, E10, E12, E14 und E16 für das Soll und die Fragen E17 bis E23, E25, E26, E28 und E30 für das Ist herangezogen (European Social Survey, 2012).

2 Die Daten können hier eingesehen werden: <https://perma.wzb.eu/Legitimitaet2019>.

heiko.giebler@wzb.eu

sandra.horvath@wzb.eu

bernhard.wessels@wzb.eu

doi: 10.15464/isi.65.2020.3-7

Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland?

Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte 1991-2018.

Kathrin B. Busch

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mehr als 3 Jahrzehnte sind seit Beginn der wirtschaftlichen und politischen Umbrüche in Osteuropa und der Wiedervereinigung Deutschlands vergangen. Doch auch heute noch sind Fragen über die Verfassungswirklichkeiten der „neuen“ Demokratien sowie über die Werte, Normen und Einstellungen der Menschen von Relevanz. In Deutschland zeigen sich weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und West, zum Beispiel im Anteil sogenannter „unzufriedener DemokratInnen“: Während diese die Demokratie stützen, haben sie häufig nur wenig Vertrauen in politische Institutionen wie in das Parlament oder die Regierung (vgl. Klingemann 2014). Der vorliegende Beitrag setzt den Fokus auf die Frage, wie sich allgemeine Bewertungen von PolitikerInnen in Bezug zur Erfüllung wichtiger demokratischer Prinzipien auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken. Dazu werden Befragungsdaten aus der Allgemeinen Bevölkerungsstudie (Allbus) genutzt, die zwischen 1988 und 2018 erhoben wurden. Es zeigt sich, dass Bewertungen „der Politiker“ in Bezug zu ihrem Eingehen auf die Menschen (Responsivität) sowie in Bezug zur Vertretung des Volkes (Repräsentativität) die Demokratiezufriedenheit maßgeblich mit beeinflussen. Für AnhängerInnen der Partei „Die Linke“ und der AfD sind die Bewertungen von Responsivität und Repräsentativität auf die Demokratiezufriedenheit teilweise von noch stärkerer Bedeutung. Mit der Untersuchung von Einstellungen zu politischen Prozessen legt der Beitrag den Schwerpunkt auf einen Teil der politischen Kultur, der bisher in der Forschung weniger Beachtung gefunden hat.

zusetzen. Diese wurde in Deutschland erstmals in den 90er Jahren relevant, als Bürgerentscheide und Verfahren für Volksbegehren auf kommunaler und Landesebene eingeführt wurden, auf Bundesebene aber an der für Grundgesetzänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag scheiterten (vgl. Schiller & Mittendorf 2002). Bis vor ein paar Jahren wurde das Thema „direkte Demokratie“ eher von der politischen Linken besetzt (vgl. Christmann 2009), bei den Parteien vor allem von SPD, Grünen und der Partei Die Linke. Jedoch griff es auch die 2013 gegründete Partei AfD auf, die in der Bundestagswahl 2017 die weitreichendsten Forderungen, zum Beispiel „Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild“ stellte¹. Gleichzeitig gab und gibt die Partei vor, als einzige die „Stimme des Volks“ zu vertreten. Ihre Kritik an den etablierten Parteien betrifft unter anderem genau das Thema eines (angeblichen) Responsivitäts- und Repräsentativitätsmangels. Wird diese häufig wiederholte Behauptung von ihren Anhängern verinnerlicht, sollte dies dazu führen, dass diese noch unzufriedener mit der Demokratie werden.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob sich die Wahrnehmung von Repräsentativität sowie eines Responsivitätsmangels auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken und ob diese

Die Unterstützung des politischen Systems durch seine BürgerInnen ist ein wichtiges Fundament für dessen Erhalt und Funktion. Dies gilt umso mehr für repräsentative Demokratien, deren Prinzipien der Repräsentativität und Responsivität davon abhängig sind, dass sich die Bevölkerung politisch einbringt und die Politik nicht die Bedürfnisse von Teilen der Bevölkerung gänzlich missachtet. So können Wahlen nur dann ein

gutes Maß an Repräsentativität erzielen, wenn Angehörige aller Bevölkerungsschichten partizipieren. Responsivität ist nur erreichbar, wenn Menschen ihre politischen Bedürfnisse artikulieren und die entsprechenden Themen von der Politik erkannt und aufgegriffen werden.

Die Kritik an einem Mangel an Repräsentativität und Responsivität geht häufig mit der Forderung einher, mehr Verfahren der „direkten Demokratie“ ein-

negative Wirkung bei Parteianhängern der Linken und der AfD als extremste Verfechter der direkten Demokratie verstärkt auftreten.

Einstellungen zur Demokratie im ausgehenden 20. und frühem 21. Jahrhundert

Bereits seit den 90er Jahren sind die Menschen in westlichen Demokratien ihren politischen Regimen gegenüber kritischer geworden (vgl. Norris 1999). Da sich die Kritik im Allgemeinen nicht auf die Demokratie als Regierungsform bezieht, sondern eher die politischen Institutionen und die politischen Autoritäten fokussierte, wurde sie zunächst nicht direkt als problematisch angesehen (vgl. Klingemann 1999, Dalton 1999). Dennoch hat sie das Potenzial für politisch herausfordernde Entwicklungen, denn Unzufriedenheit mit der Demokratie vermindert das politische Vertrauen insgesamt. Bereits 2002 warnte der Politikwissenschaftler Claus Offe, dass die demokratischen Institutionen „das politische Feld für partikularistische und populistische Mobilisierung freigeben könnten“, wenn sie es nicht mehr schafften, „Aufmerksamkeit, Interesse, Vertrauen und Unterstützung [...] der Bürger auf sich zu ziehen“ (Offe 2002, S. 29).

In Deutschland erhöhte sich durch die wirtschaftlichen und politischen Krisen seit 2008 die Zahl der sogenannten „Euro-Skeptiker“ (Treib 2018). Deren Kritik an der politischen Vergemeinschaftung der EU und an Mängeln innerhalb ihrer politischen Prozesse manifestiert sich jedoch nicht nur dort, sondern hat auch Auswirkungen auf die politischen Positionen innerhalb des Landes. So waren zum Teil die gleichen Personen, die gegen den Vertrag zum Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) klagten, später auch an der Gründung der anfangs hauptsächlich Euro-skeptischen Partei AfD beteiligt (vgl. Nestler/Rohgalf 2014). Diese generalisiert als populistische Partei ihre Kritik gegen die gesamte Elite des politischen Mainstreams und versucht mit ihrer Behauptung, die einzige „Vertreterin des Volkes“ zu sein, die anderen Parteien und politischen

RepräsentantInnen zu diskreditieren.

Im Folgenden soll die Bedeutung von wahrgenommenen Responsivitäts- und Repräsentationsmängeln anhand eines Modells über das politische System (Almond et al. 2008) genauer eingeordnet werden. Danach wird ein Überblick über die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland von 1988-2018 gegeben und auf Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland eingegangen. Anschließend wird mittels einer Regressionsanalyse überprüft, wie stark sich die individuellen Einstellungen zur Repräsentativität und Responsivität auf die Demokratiezufriedenheit in Deutschland auswirken. Der Beitrag schließt mit der Diskussion der Ergebnisse und seiner Implikationen.

Responsivität und Repräsentativität im Modell der politischen Unterstützung

Die politische Kulturforschung unterscheidet bei der Unterstützung eines politischen Systems zwischen verschiedenen „Objekten der Unterstützung“, denen ein unterschiedlicher Wert für die Persistenz einer Demokratie zugerechnet wird. Demgemäß ist die Unterstützung der Demokratie als Regime-Typ eine der wichtigsten Voraussetzungen für deren Erhalt (vgl. Easton 1965). Von etwas geringerer Relevanz ist die Unterstützung der politischen Institutionen und danach die Zufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Outputs (vgl. Easton 1965). Wichtig ist hierbei aber, dass längerfristige Unzufriedenheit mit den Institutionen und mit den Outputs auch negative Rückwirkungen auf die Demokratiezufriedenheit haben können (vgl. McAllister 1999). Almond et al. (2008) konzipierten ein erweitertes Modell der politischen Unterstützung, das nicht nur das politische System zeigt, sondern auch dessen Funktionen und Prozesse mit berücksichtigt. Da die Umsetzung der Prinzipien der Repräsentativität und Responsivität prozessabhängig ist, eignet sich dieses Modell besonders gut, um die Forschungsfrage weiter zu erläutern.

Politik und Gesellschaft stehen innerhalb des Modells in einer ständigen

kommunikativen Austauschbeziehung. Politische Forderungen, der „Input“ der Gesellschaft, werden innerhalb der „Prozessfunktion“ artikuliert, von Interessengruppen gebündelt und von der Politik in politische Entwürfe (z.B. Gesetze) überführt. Anschließend werden diese in der „Policyfunktion“ in geltendes Recht und Verwaltungsvorschriften umgesetzt. Die implementierten Gesetze und Regelungen werden im Alltag der BürgerInnen als „politischer Output“ sichtbar.

Fühlen sich Gruppen von BürgerInnen nicht gehört oder ihre Anliegen nicht repräsentiert, kann sich dies zunächst auf die Policy-Outputs auswirken: Verordnungen und Gesetze spiegeln dann inhaltlich nicht die Anliegen der Gruppe wider und werden entsprechend kritisiert. Bei dauerhafteren Responsivitäts- oder Repräsentationsproblemen ist es wahrscheinlich, dass sich Kritik darüber hinausgehend als Unzufriedenheit oder Misstrauen mit „der Politik“ zeigen. Längerfristig kann bei anhaltender Inkongruenz zwischen den internalisierten politischen Regeln der repräsentativen Demokratie und ihrer Implementierung in politische Prozesse auch eine Enttäuschung über die Demokratie insgesamt entstehen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu überprüfen, wie stark die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland tatsächlich von wahrgenommenen Mängeln in der Responsivität und Repräsentativität abhängt und welchen Einfluss Parteien darauf haben. Im Folgenden wird zunächst gezeigt, wie sich die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat.

Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland 1991-2018

Die Zufriedenheit mit der Demokratie wird im Allbus seit 1988 mit der folgenden Frage erfasst: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ Es wird hier nicht nach der Demokratie als politisches System gefragt, sondern nach dessen hiesiger Ausformung. In die Befragung von 2018 wurde zusätzlich eine Frage nach der Zufriedenheit mit der „Demokratie als

Idee“ aufgenommen (vgl. Tabelle 1).

Die allgemeine Befürwortung der Demokratie fällt im Gegensatz zur Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland regelmäßig höher aus (vgl. Gabriel 2018). Auch die beiden Fragen im Allbus wurden 2018 sehr unterschiedlich beantwortet (Grafik 1). Es ist daher wahrscheinlich, dass die Befragten entsprechend auch die Unterschiede zwischen den Fragen verstanden haben.

Während in Westdeutschland über den gesamten Zeitraum im Mittel rund 50 Prozent der Befragten sehr zufrieden oder zufrieden mit der Demokratie waren, waren dies in Ostdeutschland nur rund 20 bis 35 Prozent. In Ostdeutschland überwog über alle Messungspunkte mit mehr als 50 Prozent der Befragten der Anteil derjenigen, die nur teilweise zufrieden waren. Der Vergleich mit der Bewertung der Demokratie als Idee (für das Jahr 2018) macht für beide Landes-teile deutlich, dass diese von weitaus größeren Anteilen der Befragten befürwortet wurde (mit über 90 Prozent im Westen, über 85 Prozent im Osten). Dieser Befund ist positiv für die Systemper-sistenz zu werten. Die starke Diskrepanz zur Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland implementiert ist, zeigt also für 2018, dass die Befragten diese kritischer sehen, vor allem in Ost-deutschland.

Im Zeitverlauf zeigt sich für beide Lan-desteile, dass der Anteil der Zufriedenen 1991 auf einem Hoch war, sich zum Jahr 1992 aber jeweils deutlich verringerte. Bis auf eine Schwankung zwischen 1998 und 2002 stieg der Anteil der Zufriedenen ab 2002 etwas und ab 2008 dann wieder deutlicher an. Dieser Befund eines relativ parallelen Verlaufs in Ost und West, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau, deckt sich mit dem frühe-rem Analysen (vgl. Tausendpfund 2018).

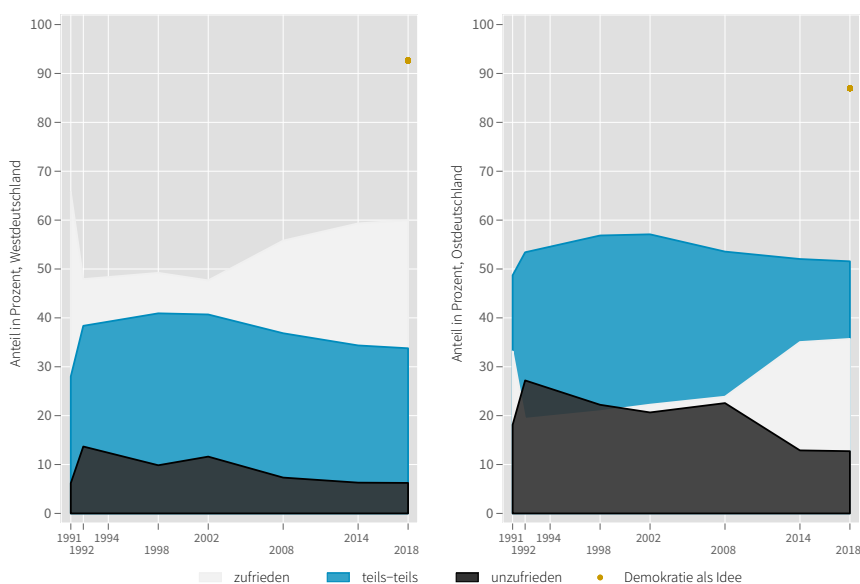
Erklärungen für die Demokratie-zufriedenheit in Deutschland

Mit der nachfolgenden Analyse soll die Frage beantwortet werden, ob sich die Überzeugung über Repräsentativität und die Überzeugung über einen Mangel an Responsivität auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken. Es wird

Tabelle 1 Fragevariationen zur Demokratiebefürwortung und -zufriedenheit

Fragevariationen		Erhebungsjahre
Allgemeiner: Befürwortung der Demokratie als Idee	„Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die IDEE DER DEMOKRATIE sind.“ Antworten 6 stufig: sehr dafür – sehr dagegen	2018
Spezifischer: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ Antworten 6 stufig von sehr zufrieden – sehr unzufrieden	1991, 1992, 1998, 2000, 2002, 2008, 2014, 2018

Grafik 1 Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland: Zufriedenheit mit der Demokratie 1991-2018 und „Befürworter der Demokratie als Idee“ 2018.



Datenbasis: Für die Grafik habe ich zwei Datensätze des Allbus zusammengespielt, zum einen GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018): ALLBUS 1980-2016 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4586 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.13029, zum anderen GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.

erwartet, dass je mehr die Menschen von Repräsentativität überzeugt sind, desto zufriedener sie mit der Demokratie in Deutschland sind und je stärker ein Responsivitätsmangel gesehen wird, desto unzufriedener. Zweitens soll getestet werden, ob sich die Präferenz für die Partei Die Linke oder für die AfD negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Die Gründe für diese Hypothesen unterscheiden sich zwischen den Parteien. Beide Parteien setzen sich in ihren Parteiprogrammen für „direkte Demokratie“ ein, weil sie die Repräsentativität bemängeln. Das Besondere für die AfD ist jedoch, dass sie ihre Forderungen mit der Behauptung verknüpft, „der Volkswille“ würde durch die anderen Parteien nicht beachtet. Dabei kommt es der AfD als populistischer Partei nicht

darauf an, „möglichst viele Interessen in den Entscheidungsprozess zu integrieren, sondern darauf, dass sie den Volks- bzw. Mehrheitswillen ohne vorherige Verhandlungen in demokratischen Institutionen unverfälscht verwirklicht sehen“ will (Lewandowsky et al. 2016, S. 250-251, vgl. Taggart 2004, S. 273). Die Behauptung der Partei, der (vermeintliche) Volkswille würde kein Gehör bei den anderen Parteien finden, steht für eine fehlende Akzeptanz des demokratischen Pluralismus. Auf Basis der vorstehenden Überlegungen wird daher zusätzlich getestet, ob sich die Präferenz für die Parteien Die Linke und die AfD unterschiedlich auf die Verknüpfung von wahrgenommenem Responsivitätsmangel und Repräsentativität mit der Demokratiezufriedenheit auswirken.

Es wird erwartet, dass sich insbesondere die Wahrnehmung eines Responsivitätsmangels bei AfD-Anhängern verstärkt negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt, während für Repräsentativität die Wirkung für Anhänger beider Parteien ähnlich sein sollte.

Dem theoretischen Modell des politischen Systems und seiner Funktionen (Almond et al. 2008) folgend, beeinflussen neben den bereits diskutierten Prinzipien auch noch weitere individuelle Einstellungen und Charakteristika die Bewertung der Demokratie. Zum einen ist dies die Überzeugung von der eigenen politischen Kompetenz, da diese erst die sinnvolle Partizipation ermöglicht. Das Gefühl der Kompetenz könnte demnach die Zufriedenheit mit der Demokratie in ihrer jetzigen Form erhöhen. Andererseits könnte mehr Kompetenz auch kritischer machen, wenn der Person dadurch vorhandene Mängel stärker auffallen.

Zu den sich eher kurzfristig verändernden Einstellungen gehören Bewertungen der politischen und wirtschaftlichen Performanz des Systems. Auch diese können längerfristig die Zufriedenheit mit der Demokratie beeinflussen (vgl. Almond und Verba 1963; McAllister 1999). Zum Thema Wirtschaftsbewertung liegen im Allbus Fragen zur Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und zur wirtschaftlichen Lage des Landes vor. Zweitens gibt es eine Zustimmungsabfrage zu der Überzeugung, dass man „in der BRD gut leben“ könne. Diese Frage bezieht sich eher auf die allgemeine politische, wirtschaftliche und soziale Lage. Es wird erwartet, dass positivere Einschätzungen jeweils die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland verstärken. Ebenso sollte eine materialistischere Wertvorstellung zu mehr Zufriedenheit mit der Demokratie in ihrer jetzigen Form führen als postmaterialistischere Wertvorstellungen, die mehr die individuellen Freiheitsrechte betonen². Gerade der Wertewandel zum Postmaterialismus (vgl. Inglehart 1977; Abramson 2014) führt zu einer zunehmenden Anzahl „unzufriedener Demokraten“ (vgl. Klingemann 2014).

Aufgrund der immer noch vorhandenen unterschiedlichen Lebensverhält-

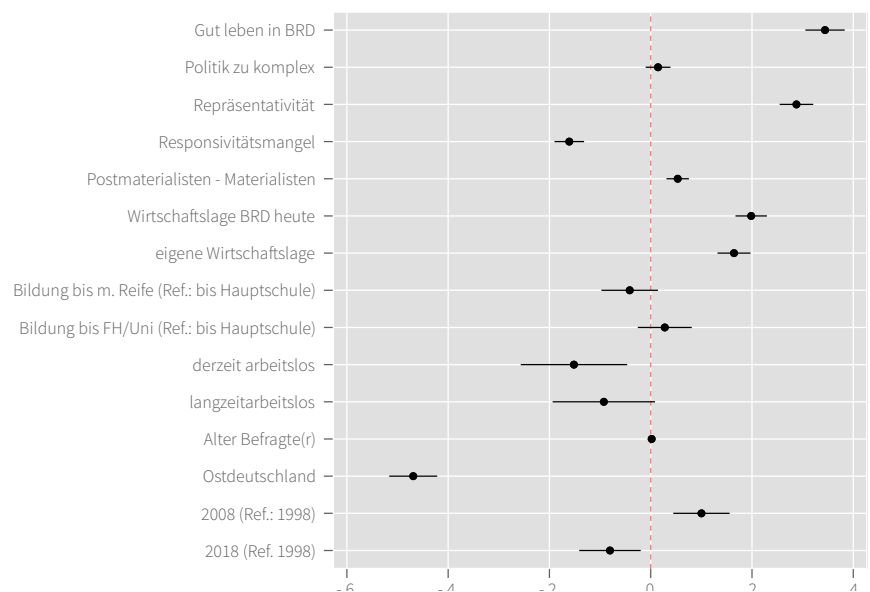
nisse in Ost- und Westdeutschland, vor allem bezüglich der Einkommens- und Eigentumsverhältnisse und der Arbeitslosenraten, ist es möglich, dass die vorgenannten Outputbewertungen einen Teil der Ost-West-Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit bereits erklären. In einer ähnlichen Weise sollte sich auch Arbeitslosigkeit, vor allem, wenn sie von längerer Dauer ist und als Teil eines Politikversagens gedeutet wird, negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Die Wirkungsrichtung von Schulbildung und Alter der Befragten ist unklar und es gibt Argumente für positive und negative Tendenzen. Einerseits sollte eine bessere Bildung und mehr politische Erfahrung aufgrund des Alters den kritischen Blick fördern, was eher unzufriedener macht, andererseits aber können Bildung und Alter auch die Selbstsicherheit stärken, was zu mehr Zufriedenheit führen sollte.

Mangel an Repräsentativität und Responsivität als Gründe für Unzufriedenheit

Um die Zusammenhänge zwischen Repräsentativitäts- und Responsivitäts-

bewertung sowie Parteienpräferenz auf die Zufriedenheit mit der Demokratie zu beurteilen, wurden eine Reihe von Regressionsanalysen berechnet³. Im Modell 1 wurden zunächst die vermuteten Zusammenhänge zwischen Repräsentativitätszufriedenheit und wahrgenommenem Responsivitätsmangel auf die Demokratiezufriedenheit für alle drei Jahre getestet⁴ (s. Grafik 2). Beide Prinzipien erweisen sich innerhalb des Modells als wichtig für die Demokratiezufriedenheit: Je mehr die Befragten dem Satz zustimmten, dass Politiker das Volk repräsentieren, desto zufriedener waren sie mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht. Die Wahrnehmung eines Responsivitätsmangels, dass Politiker sich nicht um die Gedanken von Personen wie des/der Befragten kümmern, wirkte sich dagegen, wie erwartet, negativ auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland aus. Ebenfalls wichtig für die Demokratiezufriedenheit waren die Einstellungen „gut zu leben“ in der BRD sowie die positive Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage und der des Landes. Gleiches gilt für die Zuordnung im (Post-) Materialismusindex. Je mehr

Grafik 2 Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland (Koeffizienten d. Regressionsanalyse Modell 1)



Datenbasis: Für die Grafik habe ich zwei Datensätze des Allbus zusammengespielt, zum einen GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018): ALLBUS 1980-2016 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4586 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.13029, zum anderen GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.

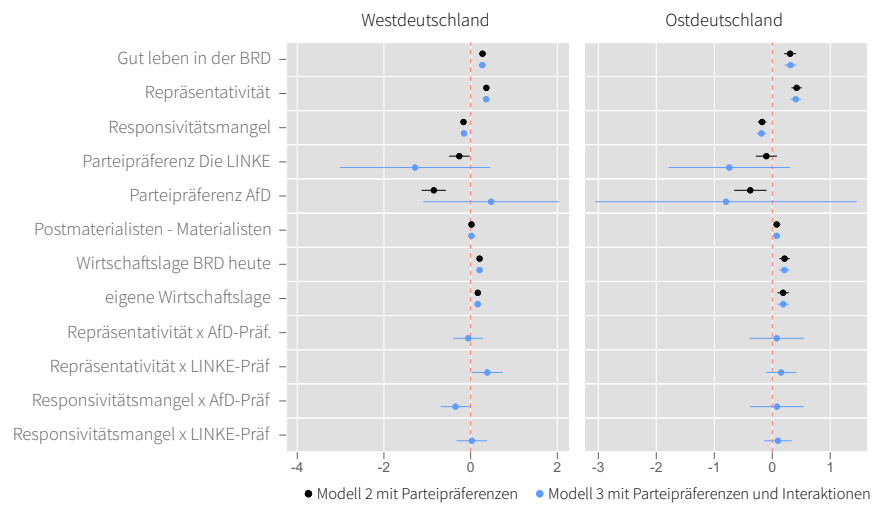
materialistische Werte jemand vertrat, desto zufriedener war er oder sie mit der Demokratie in Deutschland. Dies bestätigt Ergebnisse einer früheren Studie, in der auch Postmaterialisten eher zu den kritischen BürgerInnen gehörten (vgl. Dalton und Welzel 2014).

Nicht signifikant und damit in dieser Analyse irrelevant für die Demokratiezufriedenheit waren dagegen die Bildung der/der Befragten und die Bewertung der Politik als zu komplex. Ebenfalls nicht signifikant waren das Alter, sowie die Frage, ob jemand zusätzlich Langzeitarbeitslose(r) war. Derzeitige Arbeitslose (ohne Langzeitarbeitslose) waren aber weniger zufrieden mit der Demokratie. Die wirtschaftlichen Bewertungen bekommen damit eine relativ starke Gewichtung. Ebenfalls signifikant unzufriedener mit der Demokratie waren die Menschen in Ostdeutschland.

In Modell 2 wurde getestet, wie sich die Parteipräferenz für die Partei die Linke und die AfD auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt und in Modell 3 zusätzlich, ob diese Präferenzen die Wirkung von wahrgenommenem Repräsentationsgefühl und Responsivitätsmangel auf die Demokratiezufriedenheit (als Moderationseffekte) weiter verstärken (s. Grafik 3). Da die Daten die Präferenz für die AfD erst ab 2018 abbilden, konnten für die Analysemodelle 2 und 3 nur diese verwendet werden. Aufgrund der vorgefundenen Ost-West-Unterschiede wurden außerdem die Effekte getrennt für beide Landesteile berechnet. Um die Effekte in Ost und West besser miteinander vergleichen zu können zeigt Grafik 3 links die Effekte von Modell 1 (schwarz) und 2 (blau) für Westdeutschland und rechts die Effekte für beide Modelle für Ostdeutschland. Dargestellt sind nur die Effekte, die in mindestens einem der beiden Modelle signifikant geworden sind, sowie die für Modell 3 wichtigen Interaktionseffekte.⁵ Auffällig ist zunächst, dass sich bis auf wenige Ausnahmen in beiden Analysemodellen die meisten getesteten Einstellungen und Eigenschaften in West- und Ostdeutschland in ähnlichem Maße positiv oder negativ auf die Demokratiebewertung auswirkten.

Die Wirkungsrichtung der Wahrnehmung von Repräsentativität, Responsi-

Grafik 3 Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland 2018 (Koeffizienten d. Regressionsanalyse, Modelle 2 und 3)



Datenbasis: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019); Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.

vitätsmangel und der Zustimmung zu der Aussage, dass man in der BRD gut leben könne, zeigten sich in den Modellen 2 und 3 konstant mit dem vorherigen Modell über die drei Zeitpunkte, jedoch weniger stark. Auch die Bewertungen der eigenen Wirtschaftslage und die der BRD wirkten sich wie im Modell vorher signifikant positiv, aber weniger stark auf die Demokratiezufriedenheit aus. Zu Modell 2 neu hinzugenommen wurden die Parteipräferenzen für die Partei die Linke und die AfD sowie in Modell 3 zusätzlich noch die Interaktionseffekte. Für die Hinzunahme der Parteipräferenzen (Modell 2, schwarze Punkte) zeigte es sich zunächst, dass sowohl in West- als auch in Ostdeutschland die Bevorzugung der AfD in einem negativen Zusammenhang zur Demokratiezufriedenheit steht. In Westdeutschland zeigte sich auch ein schwach negativer, schwach signifikanter Effekt für die Präferenz für Die Linke, in Ostdeutschland stand die Bevorzugung der Linken dagegen in keinem signifikanten Zusammenhang zur Demokratiezufriedenheit. In Modell 3 (blaue Punkte), also unter Hinzunahme der Interaktionseffekte, zeigte sogar keine der Parteipräferenzen mehr signifikante Effekte auf die Demokratiezufriedenheit. Deutlich wird aber auch hier ein Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland: Nur für Westdeutsch-

land zeigten zwei der Interaktionseffekte eine signifikante Wirkung auf die Demokratiezufriedenheit. Für Personen, die die Partei die Linke bevorzugten, wirkte sich die positive Bewertung der Repräsentativität stärker positiv auf die Demokratiezufriedenheit aus als für Personen mit anderen Parteipräferenzen. Für Personen, die die AfD präferierten, wirkte sich dagegen der wahrgenommene Responsivitätsmangel stärker negativ auf die Demokratiezufriedenheit aus als für andere. Diese Befunde bestätigen die Hypothesen, dass AfD und Linke die Unzufriedenheit mit der Demokratie über die Bemängelung von Repräsentativität bzw. Responsivität verstärken, also nur zum Teil. Die Präferenz jeweils einer der Parteien bewirkte die Effektverstärkung nur für eines der beiden Prinzipienbewertungen auf die Demokratiezufriedenheit, und das auch nur in Westdeutschland.

Diskussion der Ergebnisse

Responsivität und Repräsentativität sind nicht nur in der Theorie wichtige Prinzipien für die Funktion von Demokratien, sondern auch tatsächlich relevant für die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland. Fühlen sich Befragte nicht von der Politik gehört oder denken sie, dass PolitikerInnen nicht die

Bevölkerung repräsentieren, sind sie unzufriedener mit der Demokratie, so, wie sie in Deutschland besteht. Diese Befunde zeigten sich stabil in allen drei Analysemodellen und sowohl für West- als auch für Ostdeutschland. Der Befund, dass die meisten Menschen westlicher Demokratien zwar die Demokratie als Regimeform unterstützen, deren Ausgestaltung jedoch häufig kritisch gegenüberstehen (vgl. Norris 1999), wurde hier bestätigt. Die Zustimmung zur Demokratie „als Idee“ war in Deutschland 2018 im Allgemeinen sehr hoch, die Zufriedenheit mit ihrer Implementierung jedoch bedeutend geringer, vor allem in Ostdeutschland.

Trotzdem der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie zufrieden oder sehr zufrieden waren, in Ostdeutschland seit 2008 wieder stieg und 2018 sogar höher ausfiel als 1991, bestanden auch noch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung starke Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie zwischen West- und Ostdeutschland. So war der Anteil zufriedener und sehr zufriedener BürgerInnen in Ostdeutschland auch 2018 etwa noch 25 Prozentpunkte geringer als in Westdeutschland. Neben der wahrgenommenen Responsivität und Repräsentativität von PolitikerInnen wurde in zwei Analysemodellen getestet, ob die Parteien die Linke und die AfD im Zusammenhang zur Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland stehen. Beide Parteien setzen sich für direkte Formen der Demokratie ein. Bei der AfD wird außerdem die politische Elite der anderen Parteien stark kritisiert und behauptet, sie würden nicht „das Volk“ repräsentieren. Daher wurde hier untersucht, ob sich dies auf die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, auswirkt. Natürlich kann hier nicht ausgeschlossen werden, dass die Wirkung auch in der entgegengesetzten Richtung verläuft, dass nämlich Personen, die die Repräsentativität und Responsivität der anderen Politiker kritisieren, eher die AfD oder die Linke favorisieren und die jeweiligen Parteien diese Neigungen in ihren Programmen und ihren Statements widerspiegeln. Im Analysemodell für das Jahr 2018 erschienen Die-Linke- und vor allem

AfD-AnhängerInnen zunächst signifikant unzufriedener mit der Demokratie in Deutschland. Die letzte Analyse zeigte jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Hier zeigte sich eine große Bandbreite in der Demokratiezufriedenheit von AfD- und Linken-AnhängerInnen. Stattdessen wurde in Modell 3 deutlich, dass sich für Die-Linke-AnhängerInnen der Effekt der wahrgenommenen Repräsentativität auf die Demokratiezufriedenheit verstärkt und für AfD-AnhängerInnen der Effekt des wahrgenommenen Responsivitätsmangels. Beide Effekte waren jedoch nur für Westdeutschland zu finden.

Der Interaktionseffekt mit Responsivität könnte bedeuten, dass die AfD nicht nur Personen anspricht, die sowieso schon mit der Demokratie unzufriedener sind, sondern dass - zumindest für Westdeutschland - Personen, die einen Responsivitätsmangel sehen, die AfD-Anhängerschaft zu mehr Unzufriedenheit mit der Demokratie führt, als für AnhängerInnen anderer Parteien. Warum das so ist, kann hier nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, aber es könnte sein, dass die negative Stimmung der AfD gegenüber der politischen Elite eine Wirkung darauf hat, dass für ihre Anhänger das Thema Responsivität von stärkerem Interesse ist. Umgekehrt zeigt der Interaktionseffekt mit Repräsentativität und der Favorisierung der Partei Die Linke in Westdeutschland, dass für diese das Thema Repräsentativität relevanter für die Demokratiezufriedenheit ist als für andere. Die Erforschung der Gründe geht auch hier über das Thema des Papiers hinaus⁶. Die Insignifikanz beider Effekte in Ostdeutschland könnte auch damit erklärt werden, dass, wie gezeigt wurde, die Unzufriedenheit mit der Demokratie hier im Allgemeinen weiter verbreitet ist als im Westen. Damit sind auch AnhängerInnen anderer Parteien im Mittel unzufriedener mit der Demokratie. Die Unzufriedenheit mit der Art der Demokratie oder mit den Prozessen kann mittel- und langfristig zu einem stärkeren Problem werden, weil bei Menschen, die einerseits starke demokratische Werteüberzeugungen haben, aber andererseits nicht von der Qualität ihrer Demokratie überzeugt sind, das politische Vertrauen sinkt (Mauk 2019),

also das Vertrauen der Menschen in das politische System, seine Institutionen und Akteure.

Implikationen

Betrachtet man die Unterschiede im Zeitverlauf, ist ersichtlich, dass Menschen in Ost- und Westdeutschland ähnlich reagieren, wenn sich auch die Unterschiede in der Grundzufriedenheit bis 2018 nicht wesentlich angenähert haben. Vielleicht braucht es weitere Generationen, bis sich die Wahrnehmungen zwischen Ost- und West weiter annähern. Solange die Demokratie als Idee weiterhin stark unterstützt wird, gibt es hier keine Krise. Die Unzufriedenheit mit den demokratischen Prozessen sollte jedoch konstruktiv aufgegriffen werden, um Verbesserungen in politischer Transparenz und in der politischen Partizipation der Bevölkerung zu erreichen. Da die Kritik an der Umsetzung der Prinzipien, den Menschen politisch Gehör zu verschaffen und sie angemessen zu vertreten, sich nicht nur vereinzelt zeigte und auch zum Teil ihre Berechtigungen haben kann, sollten auch die gemäßigten Parteien das Thema verstärkt aufgreifen.

Die Einführung von direktdemokratischen Verfahren wie Volksabstimmungen auch auf Bundesebene, kann vielleicht die Situation verbessern, weil Politik so erlebbarer und transparenter werden kann. Dass dies kein Allheilmittel sein kann und auch bei Volksabstimmungen die Mehrheitsentscheidung davon abhängt, wie gut Personen mit (richtigen) Informationen versorgt sind, zeigen Beispiele wie der Brexit in Großbritannien. Bei der Einführung solcher Verfahren muss daher zwingend bedacht werden, wie gut diese für komplexe politische Fragen überhaupt geeignet sein können. Wenn das Thema jedoch nur populistischen Parteien wie der AfD überlassen wird, ist dies insofern schlecht, als sie es in den Zusammenhang einer (über)generalisierten Elitenkritik nutzen und damit letzten Endes der Demokratie schaden.

Literatur

- Abels, G. (2019). Legitimität, Legitimation und das Demokratiedefizit der Europäischen Union. In Becker, P. & Lippert, B. (Hrsg.). *Handbuch Europäische Union*. Wiesbaden: Springer.
- Abramson, P. R. (2014). Value Change over a Third of a Century: The Evidence for Generational Replacement. In Dalton, R. J. & Welzel, C. (Hrsg.). *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens* (pp. 19-34). Cambridge: Cambridge University Press.
- Almond, G. A., Powell, G.B. (Jr) & Strøm, K. (2008). Comparing Political Systems. In Almond, G. A., Powell, G.B. (Jr), Dalton, R. J.; Strøm, K. (Hrsg.), *Comparative Politics Today* (pp. 28-42). New York: Pearson Longman.
- Almond, G. A., & Verba, S. (1963). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Baumann, H., & Schulz, S. (2018). *ALLBUS - Kumulation 1980-2016 Variable Report: Studien-Nr. 4586*. Variable Reports 2018|7. Köln: GESIS. doi: <http://dx.doi.org/10.4232/1.13029>.
- Christmann, A. (2009). *In welche politische Richtung wirkt die direkte Demokratie? Rechte Ängste und linke Hoffnungen in Deutschland im Vergleich zur direkt-demokratischen Praxis in der Schweiz* (Vol. 6). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Dalton, R.J. (1999). Political Support in Advanced Industrial Democracies. In Norris, P. (Hrsg.) *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance* (pp. 57-77). Oxford: Oxford University Press.
- Easton, D. (1965). *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Gabriel, O.W. (2018). Untergräbt die Kritik an Politikern das Vertrauen in die demokratischen Institutionen? *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49 (4), 909-918.
- Inglehart, R. (1971). The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *American Political Science Review*, 65 (4), 991-1017.
- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton, NJ.: Princeton University Press.
- Jann, B. (2014). Plotting regression coefficients and other estimates. *The Stata Journal*, 14 (4), 708-737.
- Klingemann, H.-D. (1999). Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In Norris, P. (Hrsg.) *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance* (p. 57-77). Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann, H.-D. (2014). Dissatisfied Democrats: Democratic Maturation in Old and New Democracies. In Dalton, R. J., & Welzel, C. (Hrsg.). *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens* (p. 116-157). Cambridge: Cambridge University Press.
- Lewandowsky, M., Giebler, H., & Wagner, A. (2016). Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. *Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), 247-275.
- Mauk, M. (2019). Disentangling an Elusive Relationship: How Democratic Value Orientations Affect Political Trust in Different Regimes. *Political Research Quarterly*, Online First.
- McAllister, I. (1999). The Economic Performance of Governments. In Norris, P. (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance* (p. 188-203). Oxford: Oxford University Press.
- Nestler, C. & Rohgalf, J. (2014). Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union: Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs. *Zeitschrift Für Politik*, 61(4), 389-413.
- Norris, P. (Hrsg.). (1999). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Offe, C. (2002). Repräsentative Demokratie. Reformbedarf und Reformoptionen. *WZB Mitteilungen*, 98.
- Rohrschneider, R. (1999). *Learning Democracy: Democratic and Economic Values in Unified Germany*. Oxford: Oxford University Press.
- Schäfer, C. (2017). Euroskeptizismus und Wahlenthaltung. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 11(1), 50–80.
- Schiller, T., & Mittendorf, V. (2002). Neue Entwicklungen der direkten Demokratie. In Schiller, T. & V. Mittendorf (Hrsg.), *Direkte Demokratie* (S. 07-21). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Taggart, P. (2004). Populism and representative politics in contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies*, 9(3), 269-288.
- Tausendpfund, M. (2018). Zufriedenheit mit der Demokratie: ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 60, 29-35.
- Treib, O. (2018). Deutsche Parteien und die EU: Traditioneller Integrationskonsens trotz zunehmend euroskeptischer Bürger. In Harryvan, A. G., Krause, A., & Vollaard, H. (Hrsg.), *Europa zwischen Hoffnung und Skepsis: Deutschland und die Niederlande über die europäische Integration seit 1990* (p. 67-93). Münster: Waxmann-Verlag.
- 1 Während im Wahlkampf zur Bundestagswahl fast alle Parteien außer der CDU und der FDP die Aufnahme von Volksbegehren auf Bundesebene forderten, sind die Vorstellungen der AfD damit am weitestgehenden, gefolgt von der Partei Die Linke und den Grünen (vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/btw17/programmvergleich/programmvergleich-demokratie-101.html>). Retrieved on March 3, 2020).
- 2 Die Bildung des Inglehart-Index zur Messung „materialistischer“ und „postmaterialistischer“ Orientierungen orientiert sich im Allbus an Inglehart (1971). Dazu wurde die Zustimmung zu vier unterschiedlichen Aussagen der Befragten über ihre politischen Prioritäten genutzt (Originalvariablen va01, va02, va03 und va04. Befragte, die die beiden Aussagen „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande“ (va01) und „Kampf gegen steigende Preise“ (va03) auf die ersten beiden Rangplätze in der Wichtigkeitseinstufung setzen, wurden als „Materialisten“ bewertet. Diejenigen, für die dagegen „Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“ (va02) und „Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung“ (va04) oberste Priorität hatten, wurden als Postmaterialisten eingestuft. Alle anderen Kombinationen wurden als Mischtypen kategorisiert. Je nachdem, ob ein materialistisches oder ein postmaterialistisches Item an erster Stelle genannt wurde, wurden diese als „materialistische“ oder „postmaterialistische“ Mischtypen bewertet (vgl. Baumann & Schulz 2018). Die Skala der Inglehart-Index Variablen geht von 1 „Postmaterialisten“ bis 4 „Materialisten“.
- 3 Die Analysen sind Lineare Pooled Cross-Section Modelle. Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit der wichtigsten Variablen gingen in das Analysemodell 1 nur die Messungen von 1998, 2008 und 2018 ein. Da keine spezifischen Zeiteffekte hypothesiert wurden, wurde ein „Fixed-Effekt-Modell“ berechnet. Die Analysen von Modell 2 und 3 wurden nur für 2018 berechnet.
- 4 Berechnet wurde hier das Pooled Cross-Section Modell mit Jahres-Dummies für 1998, 2008 und 2018, wobei 1998 die Referenzkategorie bildet. Für alle Koeffizienten-Grafiken wurde das Stata Modul coefplot von Ben Jann (2014) genutzt
- 5 Die vollständigen Modelle finden sich tabellarisch in Anhang 1.
- 6 Ein möglicher Grund für die stärkere Relevanz des Themas für die Demokratiezufriedenheit von AnhängerInnen der Linken in Westdeutschland könnte ihre tatsächlich geringere Repräsentanz in den Regierungen der westdeutschen Länder sein. Leider kann hier nur gemutmaßt werden und das Thema wäre sicherlich für weitere Forschungsarbeiten interessant.

Anhang 1 Zufriedenheit mit der Demokratie, so, wie sie in Deutschland besteht. Regressionsmodelle (Standardabweichung in Klammern)

	M1 gesamt 1998/2008/2018	M2 West 2018	M2Ost 2018	M3 West 2018	M3 Ost 2018
Gut leben in BRD	0,44*** (0,02)	0,27*** (0,04)	0,31*** (0,05)	0,27*** (0,04)	0,31*** (0,05)
polit. Kompetenz	0,01 (0,01)	0,03 (0,02)	0,04 (0,04)	0,03 (0,02)	0,04 (0,04)
Repräsentativität	0,29*** (0,02)	0,36*** (0,03)	0,42*** (0,05)	0,36*** (0,03)	0,41*** (0,05)
Responsivität	-0,16*** (0,01)	-0,16*** (0,03)	-0,17*** (0,04)	-0,15*** (0,03)	-0,19*** (0,04)
Materialismus - Postmaterialismus	0,05*** (0,01)	0,02** (0,02)	0,08 (0,03)	0,02 (0,02)	0,08* (0,03)
Wirtschaftslage BRD	0,20*** (0,02)	0,21*** (0,03)	0,24*** (0,05)	0,21*** (0,03)	0,21*** (0,05)
Eigene Wirtschaftslage	0,16*** (0,02)	0,16*** (0,03)	0,18*** (0,05)	0,16*** (0,03)	0,19*** (0,05)
Präferenz Die Linke	---	-0,26*** (0,12)	-0,10 (0,09)	-1,28 (0,88)	-0,74 (0,53)
Präferenz AfD	---	-0,85*** (0,14)	-0,38** (0,14)	0,47 (0,80)	-0,80 (1,15)
Repräsentativität x Präf. Linke	---	---	---	0,39* (0,18)	0,15 (0,13)
Repräsentativität x Präf. AfD	---	---	---	-0,06 (0,18)	0,08 (0,24)
Responsivität x Präf. Linke	---	---	---	0,03 (0,18)	0,10 (0,12)
Responsivität x Präf. AfD	---	---	---	-0,35* (0,18)	0,08 (0,24)
<i>Bildungsabschluss (Referenz: mittlere Reife)</i>					
Hauptschule	-0,04 (0,03)	-0,04 (0,05)	0,06 (0,09)	-0,05 (0,05)	0,06 (0,09)
Fachhochschule/Uni	0,03 (0,03)	0,06 (0,05)	0,03 (0,07)	0,05 (0,05)	0,10 (0,07)
<i>Selbst arbeitslos (Referenz: nein)</i>					
Momentan: ja	-0,15** (0,05)	-0,07 (0,14)	0,17 (0,20)	0,05 (0,14)	-0,17 (0,20)
innerhalb der letzten 10 Jahre	-0,09 (0,05)	-0,32** (0,11)	-0,20 (0,14)	-0,31** (0,11)	-0,20 (0,14)
Alter	0,00** (0,00)	0,01*** (0,00)	-0,00 (0,00)	0,01*** (0,00)	-0,01 (0,00)
Ostdeutschland	-0,47*** (0,02)	---	---	---	---
Jahr (Referenz 1998) 2008	0,10*** (0,03)	---	---	---	---
Jahr (Referenz 1998) 2018	-0,08** (0,03)	---	---	---	---
Konstante	1,57*** (0,11)	1,42*** (0,24)	0,82** (0,31)	1,44*** (0,24)	0,88** (0,31)
N	9.161	2.214	1.017	2.214	1.017

Dargestellt sind für M1 die Ergebnisse der linearen Regressionen der gewichteten Pooled-Cross-Section Daten des Allbus 1998, 2008 und 2018 mit fixierten Jahreseffekten; für M2 und M3 jeweils die lineare Regressionen für das Jahr 2018. Signifikanzniveaus werden mit * dargestellt, wobei *= $p<0.05$; **= $p<0.005$; ***= $p<0.001$.

Datenbasis: Für Modell 1 wurden die Daten der beiden folgenden Datenpublikationen des Allbus genutzt; für Modell 2 und 3 nur die zweite der beiden zitierten. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018): ALLBUS 1980-2016 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4586 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.13029, zum anderen GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.